

«Weniger Staat - mehr Schweiz»

10 Positionen für die Schweiz und den Kanton Zürich

Politische und wirtschaftliche Stabilität, soziale Sicherheit und überdurchschnittlichen Wohlstand gibt es nicht umsonst. Es braucht persönliches Engagement und Menschen, die bereit und in der Lage sind, die Werte wieder zu beleben, die uns stark gemacht haben: Eigeninitiative und Selbstverantwortung. Und es braucht einen schlanken, durch Demokratie und Föderalismus kontrollierten Staat. Mit meinem bisherigen Lebensweg spüre ich die Verpflichtung, mich für ein weltoffenes und liberales Land, für weniger Staat und mehr Schweiz einzusetzen. Deshalb kandidiere ich wieder für den Nationalrat - mit folgenden 10 Positionen für die Schweiz und für den Kanton Zürich.

1. Für weniger staatliche Eingriffe und mehr Eigenverantwortung.

Ich stehe für das typisch schweizerische Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Staat, für den Respekt vor der Eigeninitiative und vor der Eigenverantwortung des mündigen Bürgers. Ich trete für eine klare Ordnungspolitik ein: So viel Freiheit und Verantwortung des Bürgers wie möglich. So wenig staatliche Einflussnahme wie unbedingt nötig. Die Schweiz ist eh schon hoffnungslos überreguliert. Deshalb ist das Reduzieren der staatlichen Eingriffe eine wichtige Leitlinie bei den Diskussionen ums Mietrecht, um die Kartellgesetzgebung, bei der Landwirtschaftspolitik, in der Mediengesetzgebung und im Gesundheitswesen. In der Sozial- und Gesundheitspolitik müssen wir schon aus Kostengründen weg von der herrschenden Versicherungsmentalität. Individuelle Vorsorge und die Sparsamkeit beim Konsum medizinischer Leistungen müssen sich lohnen. Eine Ausweitung der obligatorischen zweiten Säule lehne ich ebenso ab wie zusätzliche Mehrwertsteuerprozente zur Finanzierung der AHV. Eine weitere massive Überregulierung droht durch die schleichende Anpassung an die komplizierte EU-Gesetzgebung, vor allem da, wo es nicht nötig ist.

2. Für starke Kantone als Rückgrat der Schweiz

Der erfolgreiche Staat wird von unten nach oben gebaut. Die Gemeinden und Kantone sind das Rückgrat der Schweiz. Sie üben freundeidgenössische Zusammenarbeit, stehen aber auch in Konkurrenz - zum Beispiel bei den Steuern. Es lähmt die Schweiz, wenn immer weitere Kompetenzen der Kantone an den Bund delegiert werden. Der Bund übernimmt den stufengerechten Interessenausgleich zwischen Kantonen und Sprachregionen. Alles was auf Stufe Gemeinde oder Kanton gelöst werden kann, muss dorthin delegiert werden. Dies gilt insbesondere für die Steuerhoheit. Deshalb bin ich gegen eine materielle und formelle Steuerharmonisierung.

3. Für einen starken, selbstbewussten Kanton Zürich.

Wir dürfen stolz sein auf Zürich als Wirtschaftszentrum, als Finanzplatz und als Kulturstandort. Zürich soll seine Rolle als Wirtschaftsmotor der Schweiz auch in Zukunft spielen können. Deshalb wehre ich mich gegen seine Schwächung durch das Anheben des kantonalen Steuersatzes, durch überzogene Belastungen im Rahmen des Finanzausgleichs und durch die Preisgabe von Standortvorteilen wie z.B. das Bankkundengeheimnis - wir müssen es notfalls mit dem Referendum verteidigen.

4. Für weniger Staat und mehr Wachstum.

Um international konkurrenzfähig zu bleiben und Wachstum zu ermöglichen, brauchen wir eine tiefe Staatsquote, d.h. weniger Abgaben an den Staat. Deshalb lehne ich neue Steuern und Steuererhöhungen - insbesondere eine Erhöhung des kantonalen Zürcher Steuersatzes, zusätzliche MWSt-Prozente und eine Erbschaftssteuer ab. Eine tiefe Staatsquote ist nur möglich, wenn wir bei den Staatsausgaben extreme Zurückhaltung üben. Dies bedeutet konsequenten Verzicht - auch trotz Sachzwängen. Und es bedeutet die konsequente Abkehr von der Subventionswirtschaft ausser für unsere Berggebiete. Der Staat soll optimale Rahmenbedingungen für eine innovative

und leistungsbereite Wirtschaft schaffen. Es muss sich lohnen, in Ideen und Arbeitsplätze zu investieren, denn nur eine gesunde Wirtschaft schafft Arbeitsplätze und damit Wohlstand. Deshalb dürfen die Lohnnebenkosten nicht weiter steigen. Ich setze mich für die Flexibilisierung von Arbeit und Rentenalter ein. Der Staat darf selber nicht aktiver Player in der Wirtschaft werden, ausser wo ein Service public notwendig ist und wo es keine anderen Anbieter gibt. Deshalb lehne ich die Medienpolitik des Bundesrates ab, der mit dem neuen Radio- und Fernsehgesetz RTVG eine Art "Landwirtschaftsordnung" im Medienbereich und ein Staatsfernsehen ohne nennenswerte Konkurrenz im Inland einrichtet hat.

5. **Für ein gesundes Selbstbewusstsein des Kleinstaates Schweiz.**

Die Schweiz hat viel zu bieten: Eine lange Tradition im friedlichen Nebeneinander unterschiedlicher Sprachgruppen. Ein stabiles politisches System. Die praktizierte, international anerkannte wirtschaftliche und humanitäre Tradition. Eine ausgeprägte Dienstleistungsmentalität mit hoher Professionalität. Das muss so bleiben. Deshalb bin ich für eine eigenständige, selbstbewusste, demokratische und weltoffene Schweiz, die nicht Mitglied der EU ist. Der EU-Beitritt ist nicht im Interesse unseres Landes. Die Auseinandersetzungen rund um die Zinsbesteuerung haben gezeigt, dass vorauseilender Gehorsam gegenüber der EU nicht nötig ist. Genau so müssen wir es in der von der EU angezogenen Diskussion um die Steuerharmonisierung halten. Die Schweiz kann sich mit ihren Argumenten und Vorzügen durchsetzen, wenn sie zu ihren Werten steht, nicht vorschnell nachgibt und unermüdlich verhandelt. Es braucht eine Aussenpolitik, die sich darauf konzentriert, die Chancen unseres Landes zu wahren.

6. **Für das Verteidigen unserer Standortvorteile.**

Der Konkurrenzkampf der europäischen Staaten wird immer härter. Zum Glück verfügt die Schweiz über gewichtige Standortvorteile: politische und wirtschaftliche Stabilität, eine eigenständige Währung, tiefe Zinsen, ein starker Finanzplatz, noch konkurrenzfähige Steuern, Arbeitsfrieden und Sicherheit. Deshalb belegt die Schweiz seit dem zweiten Weltkrieg eine Spitzenposition unter den europäischen Staaten. Wir dürfen unsere besten Trumpfkarten nicht kampfflos preisgeben. Sonst fallen wir ohne Not als Land und als Wirtschaftsstandort Zürich zurück.

7. **Für eine Einwanderungspolitik im Interesse des Landes.**

Ich bin für eine Einwanderungspolitik, die sich an den Interessen des Landes orientiert. Damit die echten Flüchtlinge zu ihrem Recht kommen, muss dem Asylmissbrauch ein Riegel geschoben werden. Die Anreize für Unberechtigte, sich in der Schweiz aufzuhalten, sind zu senken. Die Asylpolitik ist im Rahmen einer solchen Einwanderungspolitik zu realisieren. Das heisst konkret: Das neue Asyl- und Ausländergesetz ist durchzusetzen. Eine Beurteilung erfolgt mittels der Kriterien Sprache, Arbeit, Verhalten. Meine Devise in der Integrationspolitik heisst: erst Anpassung fordern, dann fördern.

8. **Für eine gesunde Umwelt**

In unserem dicht besiedelten Land mit den Alpen als Rückgrat, mit dem Wasserschloss Europas tragen wir grosse Verantwortung für eine gesunde Umwelt. Für Unternehmungen und Konsumenten gilt das Verursacherprinzip; umweltgerechtes Verhalten soll nicht subventioniert, sondern fiskalisch belohnt werden. Lenkungsabgaben in diesem Bereich bringen nicht viel. Genutzt werden muss vor allem das vorhandene Einsparpotential über klare Energiestandards für Umbauten und übers Steuerrecht. Hier liegt ein erhebliches Potenzial zur Reduktion der CO₂-Emissionen und Reduktion des Energieverbrauchs.

9. **Für gesellschaftlichen Fortschritt.**

Die Politik muss den gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung tragen. Der grösste Teil der Frauen ist heute berufstätig. Gemeinden und Kantone, nicht aber der Bund,

sollen sich deshalb für Tagesschulen, Mittagstische und Kinderkrippen stark machen. Die Familiengründung ist grundsätzlich Privatsache. Eigeninitiative und private Finanzierung sollen im Vordergrund stehen. Unterstützt werden nur diejenigen, die es wirklich nötig haben. Das Pisa-Problem lässt sich nur mit früherer Einschulung, mehr Motivation und klarer Leistungsorientierung lösen. Experimente müssen hinter konsequentem Unterricht zurückstehen. Deshalb trete ich für eine breite, solide Grundausbildung für jedermann ein, ganz besonders aber für den Erhalt unserer international vorbildlichen Berufsbildung. Die Einführung des Wettbewerbs auch im Schulbereich leistet dazu einen wesentlichen Beitrag.

10. **Neue Leistungsbereitschaft zeigen.**

Die Börsenturbulenzen des Jahres 2007 halten hat eine Botschaft für uns bereit: Es geht nur aufwärts, wenn wir hart dafür arbeiten. Deshalb müssen wir fleissiger und bescheidener werden. Unser Schulen müssen strenger und leistungsorientierter sein, unsere Dienstleistungen wieder besser und verlässlicher, unsere Steuern tiefer, unsere Produktionskosten niedriger, unsere Universitäten und Forschungsstätten innovativer und unser Staat schlanker. Und unsere Währung muss vertrauenswürdig bleiben. Dann hat das Schweizer Qualitätssiegel wieder einen sicheren Wert.